

Wahlprüfstein Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Rechtsstaat</p> <p>Halten Sie es für politisch gewollt, dass die Personengruppe, die maßgeblich zum Zusammenbruch des SED-Regimes beigetragen hat, nach der Herstellung der staatlichen Einheit als einzige Personengruppe moralisch gedemütigt, sozialpolitisch massiv benachteiligt und lebenslanglich ausgegrenzt bleibt?</p>	<p>Siehe hierzu die Antworten auf die Fragen 3, 5, 7</p>
<p>Rechtsstaat</p> <p>Halten Sie es für politisch korrekt, dass die jeweiligen Koalitionsfraktionen der letzten 2 Bundestage es vermieden haben, den Konflikt in die jeweiligen Koalitionsverträge aufzunehmen, obwohl sie als Oppositionsfraktionen einst Handlungsbedarf erkannt und für eine Konfliktlösung plädiert haben?</p>	<p>Siehe hierzu die Antworten auf die Fragen 3, 5, 7</p>
<p>Rechtsstaat</p> <p>Kann Ihre Partei gewährleisten, dass der Konflikt „DDR-Altübersiedler und deren vom 12. Bundestag als damaligem Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ zum Gegenstand von fairen und belastbaren Koalitionsvereinbarungen der 20. Legislaturperiode wird?</p>	<p>Das Engagement, mit dem sich die DDR-Übersiedler*innen für eine Wiederaanwendung des Fremdrentenrechts einsetzen ist beeindruckend, und ihre Enttäuschung darüber, dass dem bisher nicht entsprochen wurde, voll und ganz nachzuvollziehen. Die Forderungen der Betroffenen sind in den vergangenen Jahren aber wiederholt gründlich geprüft worden. Im Ergebnis konnte ihnen jedoch nicht entsprochen werden. Die Rechtmäßigkeit der für DDR-Beitragszeiten von DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedlern geltenden gesetzlichen Regelungen haben auch sämtliche Sozialgerichte bestätigt.</p> <p>Die SPD wird sich in etwaigen Koalitionsverhandlungen für eine starke</p>

	<p>gesetzliche Rente mit einem dauerhaften Rentenniveau von mindestens 48% einsetzen, von dem auch die DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedler profitieren.</p>
Rechtsstaat	
<p>Was wird Ihre Partei dafür tun, dass der Petitionsausschuss die von UOKG, VOS und IEDF eingereichten Unterlagen unvoreingenommen und sachgerecht prüft und unabhängig von regierungsamtlichen Vorgaben zu einer tragfähigen Beschlussempfehlung zu der Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 gelangt?</p>	<p>Die SPD versteht den Petitionsausschuss des Bundestages als ein unabhängiges Instrument zur Kontrolle der Gesetzgebung. Mitglieder der SPD in diesem Ausschuss prüfen Petitionen und entscheiden über Petitionen immer unvoreingenommen, sachgerecht und unabhängig von regierungsamtlichen Vorgaben.</p> <p>Soweit Petentinnen und Petenten Entscheidungen des Petitionsausschusses kritisieren, ist dies für die SPD verständlich, wenn die Auffassung der Petent*innen auf ein bestimmtes Ergebnis festgelegt ist und der Ausschuss diese Auffassung nicht teilt. Genauso geht die SPD aber auch von einem Verständnis für eine Auffassung aus, die nicht das von Petent*innen erhoffte Ergebnis bringt, jedoch in einem entsprechend den Regeln der parlamentarischen Demokratie zustande gekommenen Entscheidung enthalten ist.</p>
Rechtsstaat	
<p>Die „politische Entscheidung“ der Bundesregierung führt dazu, daß die DDR-Altübersiedler für ihr einst widerständiges Verhalten in der DDR nach deren Beitritt sozialpolitisch bestraft werden. Hält Ihre Partei die daraus resultierende Entwertung der Altersversorgungen für vertretbar oder gar gewollt?</p>	<p>Die Rechtmäßigkeit der für DDR-Beitragszeiten von DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedlern geltenden gesetzlichen Regelungen haben sämtliche Sozialgerichte bestätigt. Das Bundessozialgericht als höchstes deutsches Sozialgericht hat die Abschaffung des Fremdrentenrechts für DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedler mit Urteil vom 14. Dezember 2011 als rechtmäßig angesehen und insbesondere verfassungsrechtliche Bedenken nicht gesehen. Dabei hat es betont, dass die</p>

	<p>schlichte Erwartung, das Recht werde unverändert in der Zukunft fortbestehen, verfassungsrechtlich nicht geschützt sei.</p> <p>Für uns ist es nachvollziehbar, dass die Betroffenen diese Regelung, sofern eine Reduzierung der Ansprüche damit verbunden ist, beanstanden. Jedoch wäre die Ungleichbehandlung von Zeiten im Beitrittsgebiet nicht zu vermitteln gewesen – insbesondere auch dann, wenn es um die Mitgliedschaft in der FZR geht. Eine Renteninformation ist noch kein Feststellungsbescheid und daher können Änderungen noch vollzogen werden.</p>
Rechtsstaat	
<p>Die bisherigen Bundesregierungen haben alle bislang vorgelegten Lösungsvorschläge (Sammelpetition 2012, Anträge Fraktionen, Große Anfrage, aktuelle Stellungnahmen zur Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233) ignoriert und verworfen. Wie wird sich Ihre Partei in der 20. Legislaturperiode dazu verhalten?</p>	<p>Siehe hierzu die Antwort auf Frage 3.</p>
Rechtsstaat	
<p>Der „Härtefallfonds“ soll beitriffsbedingte Defizite bestimmter Berufsgruppen ausgleichen; DDR-Altübersiedler sind Versicherte der BRD, deren DDR-Biografien rückwirkend politisch entwertet werden. Hält Ihre Partei die Verweisung der DDR-Altübersiedler in diesen Fonds für gerechtfertigt?</p>	<p>Die SPD begrüßt, dass für Härtefälle im Rentenüberleitungsprozess für viele Menschen in Ostdeutschland ein Ausgleich durch eine Fondslösung geschaffen wird. Grundsätzlich hätten aus Sicht der SPD aber alle, denen Unrecht in der Rentenüberleitung geschehen ist, eine Entschädigung verdient – unabhängig davon, wie viel Rente sie heute bekommen. Leider gab es für diese Idee eines Gerechtigkeitsfonds keine politische Mehrheit. CDU/CSU und einige Bundesländer waren nicht zu einer größeren Lösung bereit. Die konkrete Ausgestaltung des Härtefallfonds durch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe bleibt abzuwarten.</p>

Rechtsstaat	
<p>Wie beurteilt Ihre Partei folgende Kausalitäten? Flucht und Ausreise - wichtiger Katalysator für Zusammenbruch des SED-Regimes Wiedervereinigung - ehemalige DDR-Flüchtlinge dauerhaft sozialpolitisch bestraft Fiktion: Beitritt der DDR gescheitert - Renten der DDR-Altübersiedler sind gesichert</p>	<p>Auch wenn wir die von Ihnen geschilderten Härten in den Biografien der DDR-Altübersiedler*innen nachvollziehen können, so kann es aus Sicht der SPD nicht Aufgabe der lohnbezogenen und vor allem beitragsfinanzierten Rentenversicherung sein, Sachverhalte mit Rehabilitationscharakter abzubilden.</p> <p>Darüber hinaus verweisen wir auf die Antworten auf die Fragen 3 und 5.</p>